



Regierungsratsbeschluss vom 15. August 2017

Ratschlag Erneuerung des Vertrags mit der Aids-Hilfe beider Basel (AHbB)
betreffend Staatsbeitrag für die Jahre 2018 bis 2021

P171166

1. Der Regierungsrat genehmigt den Vertrag betreffend Staatsbeitrag an den Verein «Aids-Hilfe beider Basel» für die Jahre 2018 bis 2021.
2. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

Begründung

Die Aids-Hilfe beider Basel (AHbB) ist die einzige Institution, die im Kanton Basel-Stadt spezialisierte Präventionsarbeit zu HIV/Aids und anderen sexuell übertragbaren Krankheiten leistet. Neben der Beratung und Unterstützung von betroffenen Menschen und deren Nächsten erbringt die AHbB insbesondere Präventionsleistungen namentlich für die schwer zugängliche Gruppe der Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter, die sehr häufig einen Migrationshintergrund aufweisen, sowie für die Gruppe der Freier. Das Leistungsangebot der AHbB ist umso wichtiger als zum einen die Zahl der HIV-Neuansteckungen in den letzten Jahren nach einer früheren Abnahme stagniert und zum anderen die Zahl der Infektionen mit den übrigen sexuell übertragbaren Krankheiten in den letzten Jahren deutlich angestiegen ist. Damit die AHbB ihr Leistungsangebot auch weiterhin dem Bedarf entsprechend zur Verfügung stellen kann, soll der Ende 2017 auslaufende Vertrag zur Ausrichtung eines Staatsbeitrags mit der AHbB erneuert werden. Dazu beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat die Bewilligung von Ausgaben für einen Staatsbeitrag an die AHbB für die Jahre 2018-2021 in bisheriger Höhe von jährlich 428'000 Franken.

